

Staat und Regierung.

Aus dem
Gesichtspunkte des Naturrechts
mit Beziehung auf die
von dem Herrn Geh. Rath von Strombeck
verfasste Schrift:

Was ist Rechtens, wenn die oberste
Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsver-
bandes entgegenhandelt?

dargestellt

von

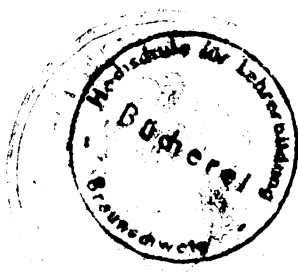
Friedr. Wilh. Ludw. Röpcke,
Studiosus der Rechte.

UB Braunschweig

84



2228-845-7



Staat und Regierung.

Aus dem

Gesichtspunkte des Naturrechts

mit Beziehung auf die

von dem Herrn Geh. Rath von Strombeck

verfasste Schrift:

Was ist Rechtens, wenn die oberste
Staatsgewalt dem Zwecke des Staats-
verbandes entgegenhandelt?

dargestellt

von

Friedr. Wilh. Ludw. Röpcke,

Studiosus der Rechte.

Braunschweig,

gedruckt bei Friedrich Vieweg und Sohn.

1 8 3 1.



as 34

V o r b e m e r k u n g .

Die Idee der Volkssouverainität hat auch in Deutschland Wurzeln geschlagen. Nur zu oft hört man die Äußerung: der Fürst sei von Volkes Gnaden, und könne von demselben willkürlich abgesetzt werden. Dieser Gedanken führt leicht, vorzüglich den ungelehrten Staatsbürger, zu Irrthümern. —

Unsere sturmbevegte Zeit forderte auch mich zum Nachdenken auf, um die Ereignisse derselben, vorzüglich von der Seite des Rechts, beurtheilen zu können. Ich gelangte zu einem Resultate. Dieses Resultat ist dasjenige, was ich hier vorlege. Es ist nicht das Erzeugniss von Augenblicken. Mehr, als je, richtete ich nach dem Ausbruche

der Pariser Revolution, meine Gedanken auf den rechtlichen Zustand des öffentlichen Lebens. Ich fragte nach dem Zwecke des Menschen und des Staats, und glaubte demgemäß das wahre rechtliche Verhältniss zwischen Regent und Unterthanen ausfindig gemacht zu haben. — Am Ende des vorigen Jahrs fiel mir die mit großem Beifall aufgenommene Schrift des Herrn Geh. Raths von Strombeck: »Was ist Rechtens, wenn die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegen handelt?« in die Hände; ich durchlas dieselbe, und die Grundsätze derselben wichen von jenem meinem Resultate ab. Ich fand aber auch zugleich in dieser Schrift, dass dieses Resultat mit einer Rousseau'schen Idee gleichlaute. — Fremdartige Umstände hielten mich eine Zeitlang von einer neuen Prüfung der Haltbarkeit der Gründe für meine Meinung ab. — Vor einigen Tagen nahm ich den Gegenstand wieder auf, und beschloss nun, meine Gedanken in möglichster Kürze nie-

derzuschreiben, um besser prüfen zu können, ob sie sich gegen des Hrn. G. R. v. Strombeck Ansicht von der Sache erhalten könnten. Sie haben sich erhalten, und ich wünschte sie nun zur öffentlichen Beurtheilung vorzulegen.

Nur das Streben nach Wahrheit ist der Grund, weshalb ich meine Gedanken öffentlich mittheile. Mag durch sie das Wahre ausgesprochen sein, oder nicht; es wird doch auf keinen Fall zu verkennen sein, dass sie einen Zweifel gegen die Richtigkeit der oben angeführten Schrift erregen; und dieser Zweifel möchte auch wohl nicht, wie mir scheint, so unbedeutend sein, dass er einer gehörigen Widerlegung nicht werth wäre. Diese kleine Schrift würde also doch jedenfalls der Wahrheit uns näher bringen. Mein schönster Lohn würde es daher sein, wenn sie einer Beurtheilung gewürdigt würde. Ich würde jedoch in solchem Falle wohlgemeinte, durch Wahrheitsliebe veranlasste Erinnerungen von leidenschaftlichen Anfällen auf die Persönlichkeit

zu unterscheiden wissen, und letztern die verdiente Behandlung zu Theil werden, sie unbeantwortet lassen. Auch dem Jünglinge geziemt es, nach Wahrheit zu forschen. Die Erkenntniss der Wahrheit ist stets, vorzüglich aber bei dem hier vorliegenden Gegenstande, der Schild, welcher, der Menschheit würdig, die Menschheit vor dem Unglücke schützt.

Noch eine Bitte. Ich bin nichts weniger, als ein Revolutionär; ich wünschte auch nicht für einen solchen gehalten zu werden. Deshalb lese man diese kleine Schrift ganz zu Ende, und werfe sie nicht von sich, wenn ein Rousseau'scher Gedanken darin als richtig anerkannt wird, welchen Hr. v. Strombeck verabscheuungswürdig nennt.

Braunschweig, den 1^{sten} März 1831.

Friedrich Röpcke,

Stud. jur.

§. 1.

Werfen wir zunächst einen Blick auf den Menschen, und fragen nach seiner irdischen Bestimmung, so ist uns diese in der Beschaffenheit des menschlichen Wesens und in den durch diese Beschaffenheit erregten Trieben dargethan. Während der Körper von thierischem Stoffe ist, und sich nur durch die Form über die andern thierischen Körper erhebt, wohnt in ihm ein Etwas, welches keinem andern Wesen der Erde zu Theil geworden ist, der Geist, der ohne die Hülfe des Körpers zu bedürfen, in selbstständigen Thätigkeiten zu wirken vermag, und diese Wirksamkeit bei jedem Menschen wenigstens darin äußert, dass er ihm den Weg andeutet, welchen er, seiner Natur würdig, betreten soll. Der Mensch soll also, vermöge seiner Natur, die in ihm entstehenden Triebe so beherrschen und befriedigen, dass er es vor seiner Vernunft verantworten kann. Genügt er dieser Anforderung, so handelt er vernünftig oder sittlich. —

Wenn dem Menschen auf solche Art durch eine innere Stimme vorgeschrieben wird, wie er handeln soll, so ist er doch auch zugleich ein freies Wesen, d. h. es wurde ihm mit jenen Vorzügen zugleich auch ein freier Wille gegeben, damit er auch selbst seine Handlungsweise bestimme. — Ob also der Mensch sittlich oder unsittlich handeln wolle, hängt blos von ihm selbst ab. Er darf von Niemanden gezwungen werden, sittlich zu sein.

Der Zweck des Menschen auf Erden ist demnach ein durch Selbstbestimmung gewählter Lebensgenuss, welcher in der Befriedigung der durch seine beiden Naturen erweckten Bedürfnisse besteht.

§. 2.

Ein Mensch ist dem andern von Natur aus vollkommen gleich. Alle Menschen sind sinnlich-vernünftige und freie Wesen. Daraus ergiebt sich, dass kein Mensch für oder gegen den andern ohne dessen Einwilligung Etwas thun darf; denn das in der Freiheit des Willens liegende Vermögen der Selbstbestimmung, schließt jede fremde, von andern Menschen herkommende Bestimmung aus. Dem-

nach ist das Vermögen der Selbstbestimmung das Haupt- und Ur-Recht des Menschen, und aus demselben ergeben sich eben so viele einzelne und besondere Rechte, als sich besondere Handlungen zum Behuf des Lebensgenusses (§. 1.) vermöge dieses Urrechts, denken lassen; z. B. das Recht, zu leben; das Recht, die dazu nothwendigen Sachen zu gebrauchen (Eigenthum) etc. Recht ist nämlich die durch das Verhältniss zu andern Menschen so begründete Willens-Möglichkeit, etwas zu thun oder zu unterlassen, dass dadurch auf keine Weise in das Vermögen der Selbstbestimmung dieser andern Menschen eingegriffen wird. — So hat der Mensch nicht schon von Natur das Recht, das Leben, das Eigenthum etc. eines andern Menschen anzugreifen. Thut der Mensch nur dasjenige, wozu er ein Recht hat, so handelt er rechtlich, und dass er nur so handle, dazu kann er von den andern Menschen gezwungen werden.

§. 3.

Es liegt in dem Wesen des Rechts, als einer Willens-Möglichkeit (§. 2.), dass es nur verloren werden kann durch den Willen des Inhabers. Jedes Entziehen eines Rechts gegen

den Willen des Berechtigten ist daher eine Verletzung, und dieser ist, da die Ausübung einer Willens-Möglichkeit die faktische Möglichkeit der Ausübung voraussetzt, befugt, solche Verletzung auf jede Art und in allen ihren Richtungen aufzuheben.

§. 4.

Gefühlte Bedürfnisse geben dem Menschen theils Veranlassung, dass er von den ihm zustehenden Rechten Gebrauch mache; theils aber lassen sie ihn das Unzureichende derselben zu einem möglichst vollkommenen Lebensgenusse erkennen, und leiten ihn so zu Willenseinigungen mit andern Menschen hinsichtlich gewisser ihnen angehörigen Rechte.

Da ein Recht in der Möglichkeit besteht, Etwas zu thun oder zu lassen, so dass dadurch nicht in die Selbstbestimmung eines Andern eingegriffen wird, so folgt daraus, dass der Inhaber des Rechts mit dem Gegenstande desselben thun kann, was ihm beliebt; er kann daher auch denselben und somit das Recht selbst gänzlich aufgeben, veräußern. Dieses kann nun auch so geschehen, dass er denselben auf einen Andern mit dessen Zustimmung überträgt. Die Hand-

lung, wodurch eine solche Übertragung gegenseitig festgesetzt wird, ist ein Vertrag. Es wird durch denselben auf der einen Seite die rechtliche Möglichkeit der Bestimmung über irgend einen Gegenstand verloren, auf der andern hingegen dieselbe erworben, mag nun ein anderer Gegenstand zum Entgelt dienen oder nicht. Es ändert sich also nun hinsichtlich dieses Gegenstandes das bis jetzt bestehende Verhältniss beider Personen. — Der Vertrag ist die einzige von Grund aus rechtliche Art, wodurch das natürliche Rechtsverhältniss zweier oder mehrerer Personen zu einander geändert werden kann. Denn es wird vom Anfange desselben an, weder von der einen, noch von der andern Seite in das Selbstbestimmungsvermögen eingegriffen. — Die verlierende Person verhält sich jetzt hinsichtlich des verlorenen Gegenstandes so, als hätte sie denselben nie gehabt, als wäre derselbe schon von Natur aus in dem Rechtsgebiete des Andern gewesen.

Wird daher der Vertrag von der einen Partei gebrochen, so ist dieses eine vollkommene Rechtsverletzung; der Verletzte kann, wenn er will, die Aufhebung derselben verlangen (§. 3),

namentlich also auf die Erfüllung des Vertrags dringen.

Dieser Zwang zur Erfüllung des Vertrags kann natürlich nur auf die Erzeugung des, durch den Vertrag beabsichtigten, Verhältnisses gerichtet sein; — denn es wäre ja sonst nicht die Erfüllung des Vertrags; — wo daher diese Erzeugung nicht möglich ist, muss auch jener Zwang von selbst wegfallen. Es giebt auf solche Art Verträge, bei welchen die Natur des Gegenstandes einen Zwang zur Erfüllung nicht zulässt. Durch die Natur der Verträge selbst ist aller Zwang zur Erfüllung schon rechtlich ausgeschlossen. Es wird dieses aus dem Folgenden klar werden.

§. 5.

Die durch den Vertrag vorgenommene Übertragung eines Rechts kann entweder ohne weitere Nebenberedungen geschehen sein, oder aber, es können solche getroffen worden sein, nach welchen die Übertragung nur unter gewissen Umständen gültig sein soll. Ein solcher Umstand kann nun auch eine Bedingung sein, d. h. eine ungewisse, zukünftige Thatsache, deren Eintreten oder Ausbleiben, das durch den Vertrag

begründete Verhältniss entweder erst rechtlich bekräftigen oder auflösen soll. Wenn nun überhaupt das Dasein einer solchen Bedingung auch das Dasein eines wirklichen Nebenvertrages darüber voraussetzt, so lässt es sich doch auch gar nicht läugnen, dass bei vielen Verträgen sich eine solche Bedingung schon ganz von selbst versteht, aus der Natur derselben — *conditio negotio inest*, — stillschweigende Bedingung. So ist z. B. bei einem jeden Vertrage die factische Möglichkeit der Erfüllung eine stillschweigende Bedingung.

Die stillschweigende Bedingung ist der ausdrücklichen natürlich an Kraft gleich; ist daher von ihrem Eintritte die Gültigkeit des Vertrags abhängig, so vernichtet ihr Ausbleiben die durch den Vertrag begründeten Rechte und Verbindlichkeiten.

§. 6.

Die Gegenstände, worüber Verträge geschlossen werden, können verschiedener Art sein, indem jedes besondere Recht des Menschen dazu fähig ist. So kann auch der Vertrag zwischen zweien oder mehreren Menschen darauf gerichtet sein, dass sie in der Zukunft in einer Ge-

sellschaft, zum Behuf eines vollkommnern Lebensgenusses, mit einander leben wollen. Die Erfüllung dieses Vertrags besteht in der gemeinschaftlichen Anordnung der Mittel zu diesem Zwecke; die factische Möglichkeit der Erfüllung hängt demnach von der Willenseinigung der Mitglieder über diese Mittel ab. Hätte jener Zweck der Gesellschaft, ein möglichst vollkommner Lebensgenuss, eine absolute Bestimmtheit, und gäbe es ebenfalls absolut bestimmte Mittel dazu, so würde dieser Vertrag nicht weniger, als alle übrigen, eine gewisse Festigkeit haben; namentlich würde die factische Möglichkeit der Erfüllung nicht erst noch von fernern Willenseinigungen der Parteien abhängig sein. Es würde Jeder schon durch seine Einwilligung in die Gesellschaft, auch in die Mittel zu dem Zwecke derselben gewilligt haben. Indem nun aber die Bestimmung davon, was den vollkommnern Lebensgenuss ausmache, subjectiv verschieden ausfallen kann, so hat noch Niemand durch den Vertrag, wodurch die Gesellschaft eingegangen wurde, in irgend ein bestimmtes Mittel eingewilligt. — Außerdem ergiebt sich aus dem Wesen des durch den Vertrag zu begründenden Verhältnisses das Erforderniss gewisser Eigenschaften bei-

der Parteien, namentlich eines gegenseitigen Vertrauens und der Zuneigung. — Wollte man daher die in dem Gesellschafts-Vertrage liegende Bedingung ausdrücken, so würde dieselbe folgendermaassen lauten: Wir wollen zusammen leben, wenn unsre Eigenschaften es erlauben, namentlich also unsre Willen sich gegenseitig in einander fügen werden. — Man sieht daraus, wie wenig bindend die rechtliche Kraft des Gesellschafts-Vertrags ist, indem es ja einem jeden Theile in jedem Augenblicke frei steht, das Verhältniss aufzuheben. Der Vertrag wirkt rechtlich nur für die Gegenwart, indem durch denselben das Recht, allein zu leben, gegenseitig aufgegeben wird. Er ist gleichsam nur die Übereinkunft, dass man einen Versuch machen wolle, ob man mit einander leben könne. So ist der Vertrag von der Art, dass er für beide Theile den rechtlichen Zwang zur Erfüllung ausschließt (§. 4. a. E.). Denn die durch den Zwang bewirkte Gesellschaft würde ja offenbar von ganz anderer Art sein, als die durch den Vertrag beabsichtigte.

Ein sicheres Zusammenbestehen mehrerer Menschen zu einem möglichst vollkommenen Lebensgenusse würde daher in der That nicht möglich

sein, wenn die Macht der menschlichen Natur nicht gröfser wäre, als die rechtliche Kraft des dasselbe begründenden Vertrags. Die menschliche Natur macht das sich äufsern wollende Recht des Menschen oft schweigen.

Die bestehende Gesellschaft führt jedenfalls zu fernern, auf einen bestimmten und besondern Zweck gerichteten Verträgen zwischen den Mitgliedern; es leuchtet ein, dass die, durch solche Verträge für den Einzelnen entstandene Verbindlichkeit nicht dadurch umgangen werden kann, dass er von seinem Rechte, aus der Gesellschaft auszutreten, Gebrauch machen will; weil ja diese Verbindlichkeit gar nicht in dem Gesellschaftsvertrage, welchen allein nicht zu halten, er befugt ist, ihren Grund hat.

§. 7.

Es lässt sich unter Personen ein dem durch einen Vertrag begründeten Verhältnisse ähnliches Verhältniss denken, von welchem die Rechtsgelehrten sagen, dass es durch einen stillschweigenden Vertrag entstanden sei. — Was ist denn aber das eigentliche Wesen dieses stillschweigenden Vertrages? — Es kommt gar häufig vor, dass Jemand eigenmächtig in die Rechte

eines Andern eingreift, oder sich in dem Besitze derselben befindet, und dass dieser nun, anstatt diese Rechtsverletzung aufzuheben, sich vielmehr beruhigt, also stillschweigend darein willigt. Betrachten wir nun das hierdurch entstehende Verhältniss zwischen beiden Personen hinsichtlich dieses Rechts genauer, so ergiebt sich, dass sich dasselbe von dem durch (ausdrücklichen) Vertrag entstandenen, wesentlich dadurch unterscheidet, dass es ihm gänzlich an einiger Bestimmtheit der immerwährenden Fortdauer mangelt. Mit andern Worten: Das Verhältniss ist so lange ein rechtliches, als die Einwilligung auf Seiten des ursprünglich Verletzten dauert. Diese stillschweigende Einwilligung erhebt immer nur das Geschehene und das Gegenwärtige zum Rechtlichen, niemals aber das Zukünftige. Denn der stillschweigend Einwilligende hat ja gar nicht erklärt, wie lange er das ihm entnommene Recht dem Andern lassen wolle. Ganz anders ist es hingegen bei dem ausdrücklichen Verträge; denn hier wird, wenn nicht besonders ein Anderes ausgemacht ist, oder sich von selbst versteht, (§. 6.) das Recht auf immer übertragen. Die wichtige Folge davon ist, dass derjenige, welcher nur stillschweigend einwilligte,

zu jeder Zeit, wenn es ihm beliebt, das ihm entzogene Recht zurückverlangen kann. — Wenn man daher sagt, dass Etwas auf einem stillschweigenden Vertrage beruhe, so hat dieses keinen andern Sinn, als dass man das Verhältniss, welches dadurch entsteht, dass der Eine sich das Recht eines Andern anmaasst, und dieser dazu schweigt, obgleich es ihm möglich ist, sein Recht sich wieder zu verschaffen, ansieht, als liege ihm auch ein Vertrag zu Grunde, weil doch seine Rechtlichkeit gewiss nicht minder ohne Zweifel ist, als die des durch einen ausdrücklichen Vertrag begründeten Verhältnisses. In der That ist dann aber die Dauer des Vertrags mit der Dauer des Verhältnisses selbst identisch, während bei dem ausdrücklichen Vertrage das Verhältniss erst mit dem Schlusse des Vertrags beginnt. Indem man diese Verschiedenheit vom ausdrücklichen und stillschweigenden Vertrage übersah, ist man zu Irrthümern verleitet worden. —

So sagt der Hr. G. R. v. Strombeck ¹⁾: der einmal bestehende Staat müsse so betrachtet werden, als sei er durch Vertrag entstanden. — Wir bedürfen keiner Fictionen, wenn wir die

¹⁾ In der angeführten Schrift S. 9.

Rechtlichkeit der Staaten auf einen stschweigenden Vertrag gründen wollen, sondern ein solcher stillschweigender Vertrag ist in der Wirklichkeit fortwährend vorhanden, so lange wir, die wir nicht ausdrücklich in den Staat willigten, in dem Staate leben, obgleich wir aus demselben austreten können ¹⁾.

§. 8.

Wenden wir die hier aufgestellten Betrachtungen auf den Staat an, so ergibt sich daraus folgendes:

Der Staat ist eine Gesellschaft von Menschen. Eine jede Gesellschaft führt eine nähere Bestimmung der Rechte der Mitglieder zum Behufe der Erreichung des Zwecks der Gesellschaft herbei, so wie sie auch selbst schon aus einer Veränderung des natürlichen Rechtsverhältnisses der Menschen zu einander hervorgeht. Da aber eine rechtliche Veränderung in den na-

¹⁾ So kann denn auch jene Fiction nicht den Nutzen haben, dass es ihr gemäß auf der einen Seite der Staatsgewalt, auf der andern den Unterthanen nicht erlaubt sei, die sie trennenden Gränzen (der Gewalt) zu überschreiten; sondern wo blos ein stillschweigender Vertrag die Staaten und ihre Einrichtungen zu rechtlichen erhebt, ist für die Zukunft noch gar nichts bestimmt worden.

türlichen Rechten des Menschen nur durch seinen Willen statt finden kann (§. 5.), so ist die Gesellschaft nur eine rechtliche, wenn sie sich auf den Willen der Mitglieder gründet. — Also auch der Staat. Der Willen kann aber, wie wir gesehen haben (§-§. 4. 7.), auf doppelte Art erklärt sein.

§. 9

1) Der Staat beruhet entweder auf einem stillschweigenden Verträge der Mitglieder. Dieses ist in der That für viele unserer Staatsmitglieder der Fall. Als wir uns unserer bewusst wurden, befanden wir uns schon im Staate, und verblieben in ihm, ohne wohl jemals den Willen ausdrücklich darzuthun, dass wir in ihm verbleiben würden. Aus dem Wesen des stillschweigenden Vertrags (§. 7.) ergiebt sich, dass ein Jeder, welcher bisher stillschweigend in den Staat willigte, zu jeder Zeit aus demselben austreten darf.

§. 10.

2) Die Staatsmitglieder willigten ausdrücklich in den Staat. — Wenn sich auch nicht fortwährend mehrere Menschen mit einander

vereinigen, um einen Staat zu bilden, so lassen sich doch die Erwerbung des Bürgerbriefes und ähnliche Acte in einem schon bestehenden Staate, als ausdrückliche Erklärungen, Mitglied des Staates sein zu wollen, als Verträge mit den übrigen Staatsgenossen ansehen. Es fragt sich nun, von welcher rechtlichen Kraft ein solcher Vertrag sei. Um dieses richtig beantworten zu können, müssen wir zuvörderst bestimmen, welches der Zweck des Staates sei. Denn der Staatsvertrag schließt offenbar die Absicht der Erreichung dieses Zweckes in sich.

Über den Zweck des Staates ist unter den Philosophen und Rechtslehrern von jeher Streit gewesen, und bis jetzt hat man sich auch noch nicht darüber vereinigt. Während Einige den Staat betrachten als eine Anstalt, wodurch der Mensch in sittlicher Hinsicht ausgebildet werden soll, also mehr oder weniger als ein göttliches Institut; bleiben Andre bei dem Menschlichen stehen, indem sie nur als den Zweck des Staates die Verwirklichung der Rechtssicherheit und des Rechtsschutzes ansehen ¹⁾. Wie mir scheint, so herrscht in beiderlei und ähnlichen

¹⁾ So auch namentlich Hr. G. R. v. Strombeck, S. 7. u. s. w.

Ansichten zu viel Einseitigkeit. Da der Staat doch nur ein Zusammengesetztes von einzelnen Menschen ist, so müssen wir, wenn wir seinen Zweck festsetzen, dazu die Bestimmung des einzelnen Menschen in Betracht ziehen. Denn indem es sich nicht denken lässt, dass der Mensch in eine Gesellschaft mit der Absicht, immer darin zu bleiben, trete, damit er sich dadurch die Erreichung seiner Bestimmung unmöglich mache, sondern vielmehr, damit er derselben in möglichst größter Vollkommenheit nachkomme; indem es sich ferner eben so wenig denken lässt, dass sich der Zweck der Einzelnen dadurch verändere, wenn sie in einen Verein treten, so ist es als der Zweck des Staats anzusehen, dass jedem einzelnen Mitgliede die Möglichkeit der Erreichung seiner Bestimmung verschafft werde. Diese Bestimmung ist aber, das Erdenleben zu genießen, welches durch die Befriedigung seiner Bedürfnisse geschieht (§. 1.). Der Staat muss demnach die Bedürfnisse seiner Mitglieder auf die möglichst vollkommenste Art zu befriedigen suchen. Wo die legislative Gewalt sich noch in den Händen der Staatsbürger selbst befindet, da wird diesem Zwecke durch die Gesetze selbst auch immer nachgestrebt werden, und es ist in

diesem Falle nur über das Wie? unter den einzelnen Staatsbürgern selbst, ein Mangel der Übereinstimmung möglich. Wo aber die gesetzgebende Gewalt von den Staatsbürgern getrennt ist, da ist dem Inhaber derselben die Beobachtung jenes Zwecks des Staats ans Herz zu legen. Er hat in dieser Hinsicht sich nicht allein damit zu begnügen, dass er die Rechte der Staatsglieder schützt, sondern er muss Gesetze verfügen, durch deren Bestimmungen den sinnlichen und geistigen Bedürfnissen derselben abgeholfen, namentlich also Wohlstand, Ausbildung der Erkenntnisse, u. s. w., möglich wird¹⁾. — Behauptet man, dass die Erhaltung der Rechtsordnung der Staatszweck sei, so verwechselt man hierbei den Zweck mit einem stets unentbehrlichen Mittel zu dem Zwecke. Denn es ist durchaus nicht zu verkennen, dass, wenn die Rechte der Menschen im Staate nicht gesichert sind, diese unmöglich zu einem wahrhaften Lebensgenusse gelangen können. Recht

⁷⁾ Rousseau nimmt denselben Zweck des Staats an. *Contrat social, livre II. chap. 1. (le bien commun) Liv. III. chap. 9. (Quelle est la fin de l'association politique? C'est la conservation et la prospérité de ses membres.)* Auch Hr. G. R. v. Strombeck führt (S. 52.) »dauerhaftes Glück der Bürger« als Zweck des Staats an, obgleich er früher (S. 7.) »Herrschaft des Rechts« als solchen nennt.

und Gerechtigkeit sind die Grundpfeiler des Staats, die unerlässlichen Bedingungen, wenn er selbst fortbestehen und irgend einen Zweck erreichen soll. Es lässt sich aber sehr wohl denken, dass die Rechte der Staatsmitglieder geschützt werden, ohne dass dadurch das Glück derselben begründet würde. Denn der Rechtsschutz bezieht sich nur lediglich auf das Bestehende; ihn ertheilt der Staat, und mithin hätte er seinen Zweck erreicht, wenn er sorgt, dass die bestehenden Rechte nicht verletzt werden. Die Pflicht, neue (positive) Rechte anzuerkennen, welche vermöge der bis jetzt bestehenden Rechtsverfassung noch nicht vorhanden waren, ergiebt sich aus jenem Zwecke nicht, während der oben aufgestellte Zweck des Staats sie gebietet, indem den Bedürfnissen der Staatsglieder, welche ja durch Bildung und andre Umstände bewirkt werden, nur dadurch abgeholfen werden kann, dass diesen Umständen die Gesetze des Staats angepasst werden, neues Recht gegründet wird. Dass aber die Bürger im Stande sind, die sich ihnen aufdringenden Bedürfnisse zu befriedigen, darin besteht eben ihr Glück. — Ein für das Gesagte sprechendes Beispiel giebt das Verbot der Pressfreiheit. Wenn

der Zweck des Staats die Herrschaft des Rechts wäre, so würden die Bürger, welche in den Staat willigten, während das Verbot bestand, keinesweges einen Anspruch darauf machen dürfen, dass die Staatsgewalt, welche zum Zwecke des Staats angeordnet ist, jenes Verbot aufhebe, sobald es ihren Umständen nicht mehr angemessen ist. Denn die Staatsgewalt kommt ja ihrer Pflicht nach, indem sie das Recht herrschen lässt, also den Staatszweck erfüllt; das Verbot ist ja als rechtlich anerkannt worden. Ganz anders hingegen, wenn wir als den Zweck des Staats den möglichst vollkommenen Lebensgenuss der Bürger annehmen. Alsdann willigten dieselben früher nur in das Verbot, weil es damals ihren Bedürfnissen nicht im Wege stand. Die zum Zwecke des Staats angeordnete Staatsgewalt ist nun, da das Verbot dem Glücke der Bürger hinderlich ist, gehalten, dasselbe aufzuheben.

Kann man nun aber wohl dasjenige als den Zweck (Hauptzweck) einer Gesellschaft ansehen, welches in der Zukunft der Befriedigung gewisser Wünsche derselben, also einem neuen besondern Zwecke, hemmend in den Weg treten kann? Demgemäfs muss man das Wohl der Staatsbürger als den Zweck des Staats an-



sehen, — *salus populi suprema lex.* — Herrschaft des Rechts, Bildungs- und Religionsanstalten u. s. w. sind nur als die, zu der Erreichung jenes Zwecks leitenden Mittel zu betrachten.

Die Bestimmung des Zwecks des Staats hat den größten Einfluss auf die Bestimmung der rechtlichen Kraft der, den Staat und die Einrichtungen desselben begründenden, Verträge, und es bedarf daher noch folgender Auseinandersetzung.

Der Staat kann insofern einem Jeden dazu Anlass geben, dass er in ihn, um seinen Lebensgenuss zu vervollkommen, eintrete, als derselbe die Möglichkeit von Einrichtungen darbietet, welche für den einzelnen Menschen außer dem Staate nicht vorhanden ist. Solche Einrichtungen sind von der Vereinigung der Kräfte der Staatsmitglieder zu erwarten, und bezwecken die Befriedigung der gefühlten Bedürfnisse. Anzunehmen, dass der Einzelne hoffe, dass solche, ihm außer dem Staate unmögliche Einrichtungen im Staate würden getroffen werden, ist ebenso vernünftig, als es unvernünftig sein würde, wenn man sich seine Erwartung darauf gerichtet denken wollte, dass sich die Kräfte und Willen der übrigen Staatsmitglieder

vereinigen sollten, um ihm allein einen bessern Lebensgenuss zu verschaffen. Es hörte ja im letztern Falle der angegebene Zweck des Staats auf, solcher zu sein. Der Einzelne, welcher in den Staat tritt, willigt demnach in den Staat, damit ihm dasjenige Wohl zu Theil werde, welches aus Einrichtungen entspringt, die zugleich das Wohl der Übrigen begründen. Die Interessen der Menschen sind aber, so wie die Meinungen über dasjenige, was das allgemeine Wohl begründen kann, verschieden. Es muss daher einem Jeden frei stehen, seine Meinungen zu äußern, um dahin wirken zu können, dass sein Wunsch auch der Wunsch aller Übrigen werde, und so die gehoffte Einrichtung ihr Dasein erhalte. So sehr dieses Recht für ihn aus dem Staatsvertrage abfließt, so wenig kann er nach demselben verlangen, dass seine Meinung auch von den Übrigen gebilligt und ausgeführt werde. Denn er würde hierdurch in den Fall kommen, dass er die Vereinigung der Kräfte der Übrigen zu seinem Besten forderte; das Interesse nämlich, welches er in der Absicht, es sei ein allgemeines, geltend zu machen denkt, würde dadurch, dass die übrigen Mitglieder die Ausführung seiner Meinung verwerfen, ein be-

sonderes Interesse des Einzelnen werden. Dasselbe findet aber auch statt, wenn der Einzelne sich dem gefassten Entschlusse der Übrigen widersetzen wollte. Auch hier wäre sein Interesse ein besonderes. Mag er aber seinen Vorschlag zu einer, auf das allgemeine Wohl abzweckenden Einrichtung nicht durchsetzen können, oder mag er nicht in die von den Übrigen für gut befundene Einrichtung willigen, so ist doch auch zugleich in beiden Fällen der Zweck nicht erreicht worden, zu welchem er in den Staat trat. Er wünschte Einrichtungen, welche das gemeine Wohl begründen sollten; eine solche Einrichtung ist, wo er sie vorschlug, verworfen, wo er sich derselben widersetzte, angenommen worden; sein Wunsch ist in beiden Fällen nicht erfüllt, mithin auch das gemeine Wohl nicht begründet worden, indem unter dem gemeinen Wohle auch das Wohl des Einzelnen begriffen ist.

Diesem Zwecke des Staats gemäß, welcher in dem Staatsvertrage gewollt wird, erscheint die rechtliche Kraft dieses Vertrags von der Art, als die des oben (§. 6.) aufgestellten Vertrags. Die factische Möglichkeit der Erfüllung, mithin die stillschweigende Bedingung besteht in der zukünftigen Willenseinigung des Eintre-

tenden mit den Mitgliedern des Staats über die zu der Erreichung des Staatszwecks, des gemeinen Wohls, nothwendigen Einrichtungen. — Nur wenn wir diese Ansicht vom Staatsvertrage haben, erscheint der Staat als ein der Menschheit würdiges Institut. Nur so erscheint jedes Mitglied als ein stets freies Wesen. Denn er kann ja in jedem Augenblicke aus dem Staate austreten, und dem Glücke seines Lebens steht nicht ein Vertrag entgegen, welcher zu einer Zeit geschlossen wurde, wo der Staat in seiner Gestalt dem Bedürfnisse des Eintretenden zusagte.

Zugleich erhält aber auch nach dieser Ansicht das Gesetz der Majorität bei den Abstimmungen über zu treffende Einrichtungen eine würdige Begründung. Dass dasjenige, was die meisten Mitglieder einer Gesellschaft wollen, auch unbedingt die wenigern wollen müssen, kann nur durch ein positives Gesetz bestimmt werden. Ein solches lässt sich aber für den Staat nicht aufweisen. In dem Staatsvertrage selbst ist es nicht enthalten. Das gemeine Wohl schließt den Zwang eines Einzelnen durch die Übrigen aus. Dass aber nach dem Gesetze der Majorität rechtlicher Weise Einrichtungen in dem Staate getroffen werden können, und dass

der Einzelne, wenn er im Staate bleiben will, sich der Majorität unterwerfen muss, folgt daraus, dass derselbe nicht die Befolgung seines besondern Interesses verlangen kann.

§. 11.

Aus diesen Bemerkungen ergibt sich das Recht des Einzelnen im Verhältnisse zu den Übrigen dahin, dass er, wenn es ihm beliebt, aus dem Staate austreten darf, vorausgesetzt, dass er dadurch nicht andre, auf einem besondern Grunde beruhende Pflichten verletze (§. 6.). Einer Rechtsverletzung macht sich aber der Einzelne schuldig, wenn er gewaltsam diejenigen Einrichtungen zu zerstören sucht, welche durch den Willen der Übrigen (der Majorität) bestehen, ihm selbst aber nicht gefallen.

Durch die Lehre vom freien Austrittsrechte des Einzelnen könnte die Festigkeit der Staaten bei der Verschiedenheit der einzelnen Interessen sehr zu verlieren scheinen. Er würde ja offenbar, kaum gegründet, schon wieder aufgelöst werden können. — Es würde in der That eine gesellschaftliche Verbindung unmöglich sein, wenn es nicht Bedürfnisse gäbe, welche der menschlichen

Natur anhaften. Der Mensch ist zur Gesellschaft geboren, und ungern verlässt er den vaterländischen Boden. *La politesse, la circonspection, l'indulgence affermissent l'union entre les amis et dans les familles; elles feront le même effet dans un — état, qui est une grande famille.* Eine durch alle Erfahrung bewiesene Wahrheit. So ist die Annahme eines freien Austrittsrechts aus dem Staate durchaus nicht staatsgefährlich.

§. 12.

Die Beantwortung der Frage, wie es denn nun am besten möglich sei, dass die in einem Staate vereinigten Menschen ihren Zweck erreichen? ist Gegenstand der Politik, und gehört nicht hierher. Dass sie das Recht haben, ihm nachzustreben, wer zweifelt jetzt noch daran? Neu verjüngt sind die Völker; ihre Rechte sind nicht verloren, wenn sie sich derselben auch lange Zeit nicht bewusst waren. — Betrachten wir die Staaten der Wirklichkeit, und denken an den vernünftigen Zweck des Staats (§. 10.), so finden wir wohl häufig die größten Widersprüche. Lange verkannten die Völker sich selbst und ihr natürliches, durch keine irdische Macht

ihnen zu nehmendes Recht, und glaubten halten zu müssen an positiven Rechtsnormen, welche Gewalt und Finsterniss hervorrief. Die Bildung aber schritt fort, und mit dem Verschwinden der Finsterniss verlor die Gewalt die mächtigste Stütze. Mehr und mehr verliert sich aus der Europäischen Welt das Bild, welches uns durch Rousseau's Worte vorgeführt wird: *Voilà l'espèce humaine divisée en troupeaux de bétail, dont chacun a son chef, qui le garde pour le dévorer.* Die mittelalterliche Meinung, dass die Herrscher der Staaten von Gott als dessen Stellvertreter eingesetzt seien, auf welche gestützt, gar viele der Herrscher sich wohl mächtig zeigten, wie Götter, aber ohne göttliche Tugenden, ist längst im gebildeten Europa als verwerflich anerkannt worden. Mehr und mehr eilen die Völker dem Ziele zu, welches ihr natürliches Recht ihnen gesteckt hat. Wenn die Beherrscher der Staaten selbst schon fühlten, dass ihr Dasein als eine vernünftige Einrichtung des Volkes betrachtet werden müsse, und deshalb die ihnen zustehende gesetzgebende Gewalt nur zu des Volkes Besten nach ihrer Ansicht ausübten, so scheinen auch jetzt die Völker (wo dieses noch nicht der Fall war) durch selbstge-

wählte Stellvertreter einen größern Antheil an der Gesetzgebung zu bekommen. — In dem Besitze seines natürlichen Rechts würde sich das Volk befinden, wenn es selbst in Versammlungen auftreten und seine Gesetze bestimmen könnte. Allein dagegen möchten sich in unsern Zeiten manche Zweifel erheben ¹⁾. — So kann sich der Wille des Volks nur durch ein Billigen der von seiner stellvertretenden Regierung aufgestellten Gesetze äußern, und es ist daher das rechtliche Verhältniss des Volks zu seiner Regierung in Betracht zu ziehen.

§. 13.

Wie der Staat selbst nur ein rechtliches Dasein hat, wenn er auf dem Willen der Mitglieder beruht (§. 8.), so gilt auch dasselbe von

¹⁾ Rousseau sagt freilich: *Le Souverain* (das Volk) *n'ayant d'autre force que la puissance législative, n'agit que par des loix; et les loix n'étant que les actes authentiques de la volonté générale, le Souverain ne auroit agir que quand le peuple est assemblé. Le peuple assemblé, dirait-on, quelle chimere! C'est une chimere aujourd'hui, mais ce n'en étoit pas une il y a deux mille ans: les hommes ont-ils changé de nature?* — Allein die Umstände, unter welchen vor 2000 Jahren Volksversammlungen möglich waren, sind jetzt nicht vorhanden. — Dahingegen möchte aber wohl der in unserm Vaterlande in diesen Tagen gewünschten öffentlichen Abhaltung der Landtage kein wirkliches Hinderniss entgegen stehen.

den im Staate befindlichen Einrichtungen und Verhältnissen, durch welche einzelnen Mitgliedern mehrere Rechte, als den übrigen zustehen, da die Menschen von Natur gleiche Rechte haben, und diese Gleichheit durch den Eintritt in den Staat nicht aufhört, indem der Staatsvertrag für Alle eine gleiche Kraft hat.

Ein solches Verhältniss ist nun auch das von Regent und Unterthanen, wornach jener das Recht, zu befehlen, diese die Pflicht, zu gehorchen, haben. So lange sich dieses Verhältniss auf einen stillschweigenden Vertrag (§. 7.) gründet, steht es ohne Zweifel den Unterthanen frei, dasselbe zu jeder Zeit aufzuheben. Wie aber, wenn demselben ein ausdrücklicher Vertrag vorherging, als welcher der Ausruf zum Regenten, die Huldigung, u. s. w. zu betrachten ist?

Die Nothwendigkeit des Verhältnisses ergibt sich aus dem Zwecke des Staats. Die Anordnung einer Regierung geschieht daher zum Zwecke ¹⁾ des Staats, und hiernach ist die rechtliche Kraft des Vertrags zu beurtheilen. ²⁾

¹⁾ v. Strombecks Schrift. S. 15.

²⁾ Der Ausdruck *Regierung* wird in der weitesten Bedeutung genommen, in welcher er überhaupt diejenigen Personen begreift, welche Inhaber der Staatsgewalt sind. Wenn

§. 14.

Wir fragen zuvörderst, worin denn die factische Möglichkeit der Erfüllung des Vertrags zwischen Fürst und Volk, mithin die in dem Vertrage liegende stillschweigende Bedingung bestehe. Es fällt in die Augen, dass ein Vertrag, durch welchen ich mich Jemanden zu Etwas verpflichte, damit er mir Etwas leiste, mich nicht verbinden kann, meine Pflicht zu erfüllen, sobald dieser unfähig ist, dasjenige zu leisten, was der Zweck des Vertrags war. — Da nun die Regierung zum Zwecke des Staats angeordnet wird, der Staatszweck aber, das Wohl des Volks, darin besteht, dass demselben die Möglichkeit verschafft wird, seine Bedürfnisse zu befriedigen, da aber eine solche Befriedigung bestimmt ausgeschlossen wäre, wenn des Volks Wille durch einen Vertrag so eingeschränkt würde, dass er in der Zukunft unbeachtet bleiben sollte, so liegt in dem Vertrage zwischen

in der Folge die Ausdrücke: Fürst, Regent u. s. w. vorkommen, so sind dieselben deshalb gebraucht worden, weil in den meisten Europäischen Staaten eine physische Person an der Spitze der Regierung steht, und weil auch in der v. Strombeck'schen Schrift das Verhältniss des Volks zum Monarchen am meisten berücksichtigt wird.

Fürst und Volk die stillschweigende Bedingung, dass die Fortdauer des durch ihn begründeten Verhältnisses von dem Willen des Volks abhängt. — Man könnte sagen, dass, wenn man diese Behauptung als richtig annehmen wollte, einer der wichtigsten Verträge ein wahres Unding sei, indem die Gültigkeit desselben an den fortdauernden Willen der einen Partei geknüpft sei. Allein, wenn dieses auch auf den ersten Blick so scheint, so kann dennoch das Dasein dieser Bedingung nicht geläugnet werden, wenn nicht das Verhältniss von Regent und Volk zu den auffallendsten Widersprüchen führen soll. Solche Widersprüche erscheinen als nothwendig, sobald wir Folgendes in Erwägung ziehen:

»Der Souverain bekommt seine Rechte vom Volke, um sie für das Volk, d. h. zu dessen Besten auszuüben.« ¹⁾ — Der Fürst hat also seine Rechte als Fürst nur für das Volk. Sollte daher der Vertrag zwischen Fürst und Volk auch noch für den Fall Gültigkeit haben, wenn das Volk den Fürsten nicht mehr haben wolle, so ist es wohl klar, dass der Fürst von dem Augenblicke an, wo ihn das Volk nicht will, seine

¹⁾ Siehe v. Strombeck. S. 15.

Rechte nicht für, sondern gegen das Volk ausübt. Der Vertrag würde demnach die Anordnung eines Mittels zum Zwecke sein, selbst für den Fall noch, wo sich dasselbe gegen den Zweck kehren würde. Man könnte vielleicht einwenden, das Volk sei verpflichtet, doch so lange den Fürsten anzuerkennen, als derselbe den Willen habe, für das Beste des Volks zu sorgen. Ich erwiedere darauf: schon durch die Thatsache selbst, dass das Volk den Fürsten nicht mehr will, ist genügend an den Tag gelegt, dass derselbe nebst jenem guten Willen dem Zwecke des Volks im Wege stehe. — Das Volk sieht sein Bestes nicht immer ein. — Eine solche Behauptung ist allerdings richtig, sobald man sich das Volk, aus einzelnen Individuen dargestellt, denkt, von welchen ein jedes sein besonderes Interesse verfolgt, wenn von dem Beschlusse eines Gesetzes die Rede ist; allein zu behaupten, dass ein Volk, welches schon einstimmig einen Beschluss gefasst hat, dass Tausende irren, während Einer oder Wenige richtig erkennen, ob eine durch Erfahrung Aller geprüfte Einrichtung zum Wohle der Tausende gereiche, das möchte eine andere Ursache haben, als den Willen, die Wahrheit zu reden.

Wenn nun aber geradezu der Monarch der oberste Repräsentant des National-Willens genannt wird ¹⁾, wie soll er denn nun denjenigen nationalen Willen repräsentiren, nach welchem er nicht mehr Monarch sein soll? Diese Repräsentation ist doch offenbar nicht anders möglich, als dadurch, dass er sein Amt niederlegt.

Hiernach muss die Lehre des Rousseau: ²⁾ *»Les dépositaires de la puissance exécutive³⁾ ne sont point les maitres du peuple, mais ses officiers; il peut les établir et les destituer, quand il lui plait.«* als richtig anerkannt werden. ⁴⁾ Dass aber diese Lehre von der Möglich-

¹⁾ v. Strombecksche Schrift S. 39.

²⁾ v. Strombecksche Schrift S. 30.

³⁾ Wenn Rousseau überhaupt die legislative Gewalt vom Volke selbst getrennt wissen wollte, so würde er auch von den Inhabern dieser Gewalt denselben Satz ausgesprochen haben.

⁴⁾ Wie wenig dieser Satz durch den vom Hrn. Geh. Rath v. Strombeck angeführten Umstand, dass selbst ein Staatsbeamter nicht willkürlich gekündigt werden könne, widerlegt werde, das möchte wohl leicht erhellen. Welch ein großer Unterschied ist zwischen einer Staatsgewalt und einem Staatsbeamten in Beziehung auf das Volk?! Es müsste eben so sehr zu dem größten Nachtheile für das Volk führen, wenn es die Staatsgewalt nicht verändern dürfte, als es dazu führen würde, wenn die Staatsbeamten auf Kündigung gesetzt würden. Die Kündigung der Staatsbeamten ginge von Einzelnen, von den Inhabern der Staatsgewalt aus, während die Kündigung der Staatsgewalt nur vom Volke ausgehen kann. Die Beamten würden mehr nach Gunst streben, als ihre Pflichten erfüllen müssen, wenn sie nicht befürcht-

keit der Aufkündigung der Regierung von Seiten des Volks mit Abscheu betrachtet werden müsse, wird sich als ein Irrthum darstellen, wenn wir dieselbe genau ins Auge fassen, indem sich ergeben wird, dass sie keinesweges staatsgefährlich ist, und ihren Vertheidiger nicht als einen Revolutionair brandmarkt.

§. 15.

Fragen wir¹ deshalb nach der Bedeutung des Vertrags, (des Huldigungsactes etc.) wodurch

ten wollten, dass ihr Lebensunterhalt ihnen entzogen werden könnte. Würden auch die Staatsbeamten vom Volke unmittelbar gekündigt werden können, so würde auch aller Nachtheil, welchen die Kündigungsfähigkeit von Seiten der Staatsgewalt herbeiführen würde, aufgehoben sein. (s. folg. §.) Wie sehr ist auch der Wirkungskreis der einzelnen Staatsbeamten von dem des Regenten verschieden. Der Regent hat über das Wohl und Wehe des Volks zu bestimmen; dem Staatsbeamten ist nur ein kleiner Theil des öffentlichen Lebens zur Administration überwiesen; er wirkt für das Volk nur durch Anwendung der vom Regenten ausgehenden Gesetze. Dass er dem Volke nützlich sei, liegt in des Regenten Hand; daher kann nicht des Volks Wohl für den Regenten einen Grund abgeben, dass er den angestellten Staatsbeamten kündigt; dass der Regent, mithin das ganze öffentliche Leben, dem Volke nützlich sei, hängt von des Volks Umständen ab. Die Aufkündigung der Staatsgewalt von Seiten des Volks ist durchaus nichts Anderes, als die Veränderung in der Verwaltung, die Versetzung der Staatsbeamten von Seiten der Staatsgewalt zum Besten des Volks, oder die Entlassung unfähiger Staatsdiener. Soll ein Beamter auch alsdann nicht von seinem Amte entfernt werden dürfen, wenn das Amt selbst seinen Zweck, den Nutzen für das Volk verloren hat? oder wenn er unflüchtig ist zur Verwaltung desselben?

ein Volk einen Fürsten anerkennt. Dieser Vertrag scheint nach der aufgestellten Behauptung in eine sehr entbehrliche Form auszuarten. Allein es ist nichts weniger als dieses der Fall. Er ist von der größten und wichtigsten Bedeutung. Denn es gibt ein Volk dadurch zu erkennen, dass es einen Fürsten haben wolle. — Will man daher behaupten, dass der Fürst durch den Vertrag des Volks die größte Unsicherheit habe, indem ja das Volk in jedem Augenblicke den Vertrag brechen könnte, so muss man auch nothwendig voraussetzen, dass ein Volk wahnsinnig sein, oder dass es Scherz treiben, kurz, dass es der Schwächen einzelner Menschen fähig sein könne. Ein solches Volk gibt es aber nicht. Mag auch die einem Vertrage zwischen zwei einzelnen Menschen von dem Einen hinzugefügte Bedingung: der Vertrag solle so lange gelten, als er wolle, diesem Vertrage alle Festigkeit nehmen, so ist eine solche Bedingung doch von ganz andrer Art, wenn sie in dem Vertrage eines Volks liegt. Ehe ein Volk seinen in Beziehung auf irgend einen Gegenstand erklärten Willen widerruft, da muss der Gegenstand selbst Seiten dargeboten haben, welche den Widerruf verlangen; launenhaft, wie ein

Einzelner, kann ein Volk nicht sein. (»Selten oder vielleicht) nie empören sich die Völker ohne Ursache.« ¹⁾

Fragen wir also, was dem Fürsten die Garantie gebe, dass das durch den Vertrag zwischen ihm und dem Volke begründete Verhältniss ein bleibendes sein werde, so ist die Antwort: sein eigener und seines Volks Wille. »Leicht sind, in der Regel, die Völker zu gewinnen; es ist so natürlich, den zu lieben, von dem man überzeugt ist, dass er unser Bestes ernstlich will.« ²⁾ »Einem tugendhaften, das Recht beschützenden und handhabenden Fürsten wird die Masse des Volks mit Liebe anhängen: er hat nichts von Meuterern zu befürchten. Möge immer durch böse Menschen die Ruhe augenblicklich gestört werden; die Guten werden sie bald herstellen.« ³⁾

Aber eine nothwendige Bedingung ist es auch, dass die Anerkennung der Regierung aus den Herzen des Volks kam. Wo das Volk einem Fürsten huldigte, welcher ihm, gleichsam nur als einem Objecte der Herrschaft, von den

¹⁾ v. Strombecksche Schrift S. 33.

²⁾ Dasselbst S. 24.

³⁾ Dasselbst S. 35.

Fürsten andrer Völker vorgesetzt wurde; wo es ihm huldigte, weil es in dem Augenblicke sich zu schwach fühlte, sich dem Willen andrer mächtiger Fürsten zu widersetzen, da beginnt das Verhältniss zwischen Fürst und Volk nicht mit gegenseitiger Liebe; da fehlt es an der Garantie für das Fortbestehen. (Frankreich — Belgien — Polen.)

§.16.

Es gibt kein revolutionaires Volk; wohl aber gibt es Revolutionaire im Volke. Nur zu oft hört man in jetziger Zeit von einzelnen Menschen die Worte aussprechen: Nicht das Volk ist da um des Fürsten willen, sondern der Fürst um des Volkes willen; daher ist es uns erlaubt, den Fürsten abzusetzen, wenn er uns nicht gefällt. — Um solche blindhin ausgesprochene Gedanken gehörig zu würdigen, war es eben nothwendig, das rechtliche Verhältniss der Unterthanen sowohl unter sich, als zu dem Fürsten aufzustellen. Solche Revolutionaire mögen wohl bedenken, dass sie nicht das Volk sind; dass ihre Interessen, welche sie bei einem Umsturze des Bestehenden verfolgen zu können glauben, nicht auch die Interessen des Volks

sind, von welchem sie nur einen Theil ausmachen; dass da, wo durch das Bestehende die allgemeinen Interessen des Volks verletzt sind, es nicht nöthig sein wird, durch Complottirungen das Volk aufzureizen; sie mögen bedenken, dass es unmöglich ist, ein Volk zu einer Revolution zu bereden. Revolutionaire sind Verletzer des Volks. Wo Einzelnen die Einrichtungen des Staats nicht gefallen, da kann ihnen das Recht nicht bestritten werden, aus dem Staate auszutreten (§. 11.); aber stürzen wollen, was den übrigen Staatsmitgliedern gefällt, ist Verbrechen.

Nur eine nationale ¹⁾ Revolution ist ein rechtlicher Act; zu einer solchen wird aber der Stoff nicht durch Einzelne im Volke herbeigetragen; sondern er liegt im Volke, durch die Umstände, unter welchen es lebte, begründet, und früher oder später muss sich derselbe unaufhaltsam entzünden.

§. 17.

Ein Volk wird, wo der Fürst nur einen Fehlgriff in seiner Regierung machte, nicht ver-

¹⁾ Sie ist national, wenn die Majorität der Staatsbürger so grofs ist, dass die zur Minorität gehörenden besondere Interessen zu verfolgen scheinen. (§. 10.)

gessen, dass da, wo menschliche Regierung ist, auch menschliche Schwächen nicht gänzlich fehlen, und in einem solchen Falle nimmermehr verleitet werden, von seinem Rechte Gebrauch zu machen. In solchen Fällen aber, wo das Volk zu der Anwendung seines Rechts veranlasst werden könnte, ist demselben ein politisches Verfahren gleichsam von der Natur selbst vorgeschrieben. Ich meine dasjenige Verfahren, welches uns der Herr G. R. v. Strombeck ¹⁾ als das rechtliche darstellt. Von der Seite des Rechts ist das Volk keinesweges dazu genöthigt; nur die Klugheit befiehlt dasselbe, so wie die Sittlichkeit. Hr. G. R. v. Strombeck hat ja auch selbst, indem er dieses Verfahren ein rechtlich nothwendiges nennt, den Begriff des Rechtlichen mit dem, »was in der Praxis nützlich ist,« identisch genommen. ²⁾ Das Volk wird (nach einer natürlichen Politik), ehe es das Verhältniss zwischen sich und dem Regenten gewaltsam aufhebt, zu Vorstellungen (zuerst durch seine Repräsentanten) schreiten. Wo das Volk den in seinem Irrthume fest beharren-

¹⁾ a. a. O. §. 4.

²⁾ a. a. O. Seite 27.

den Regenten nicht gern verliert, wird es auch eine Vermittlung ¹⁾ durch Personen, welche auf den Regenten irgend einen Einfluss haben, nicht unversucht lassen.

§. 18.

Was die vom Hrn. G. R. v. Strombeck ²⁾ empfohlene Einrichtung eines obersten Bundesgerichts in verbündeten Staaten betrifft, so möchte eine solche wohl anzurathen sein, wo die Vorstellung noch Kraft hat: der Regent stehe über dem Volke; das Verhältniss beider begründe ein unauflösliches Band; aber es müsse doch auch einige Rechtsachtung von Seiten des Regenten da sein. So leuchtet wohl die Nothwendigkeit und Vortrefflichkeit der Reichsgerichte zur Zeit des deutschen Reichs ein. Allein wenn wir annehmen, dass der Regent nur zu des Volks Besten da sei, was möchte man alsdann wohl von einem solchen Bundesgerichte halten können? Wird denn wohl ein Regent, welcher für die Vorstellungen seiner Unterthanen taub blieb, gegen welchen versuchte Vermittlungen durch ein-

¹⁾ a. a. O. Seite 31.

²⁾ a. a. O. §. 7. ff.

flussreiche Personen nichts vermogten, das Wohl seiner Unterthanen ernstlich wollen, wenn ein Gericht einen Ausspruch über ihn gethan hat? Ein Willen kann wohl durch den Ausspruch eines Richters in der vorliegenden Sache bestimmt werden; Wohlwollen wird durch denselben der verlierenden Partei gegen die gewinnende nicht eingelöst werden. Der Regent muss aber nicht einen gezwungenen Willen haben. Wird das innige Band der Liebe, welches zwischen Volk und Fürst sein muss, welches des Fürsten beste Schutzwehr ist, noch fortbestehen, wo der Fürst gerichtlich zu einer Handlung für das Volk gezwungen wurde? Gewiss nicht. Wehe dem Fürsten auf der einen Seite, dessen Thron seine Stütze auf dem Spruche eines Richterstuhls haben soll! Wehe dem Volke auf der andern Seite, dessen Fürst verurtheilt werden musste, für des Volks Wohl zu sorgen! Für das Volk, wie für den Regenten ist nur wahrhaft gesorgt, wenn der Letztere den guten Willen hat, treu seine Pflicht zu erfüllen. Einen starken Impuls dazu hat der Regent, wenn er des Volks Recht bedenkt.

§. 19.

Durch diese Vorstellung von dem Rechte

des Volks wird aber auch ferner das Ansehen des Regenten nicht im Mindesten gekränkt und vermindert. Denn dasselbe ist ja auch durchaus nothwendig, wenn der Zweck, um dessen willen der Regent vorhanden ist, gehörig erreicht werden soll. — Wenn auch die Möglichkeit der Aufkündigung von Seiten des Volks vorhanden ist, abgesehen davon, dass die Wirklichkeit derselben nur unter den dringendsten Umständen zu befürchten ist, wenn also der Regent insofern unter dem Volke, als moralischer Person steht, so ist er auf der andern Seite über das Volk, als eine Gesammtheit physischer Personen gedacht, erhaben. Seine Person ist heilig. Jeder Einzelne, welcher ihm den schuldigen Gehorsam weigert, ist Majestätsverbrecher. Für wahnsinnig würde gar derjenige zu halten sein, welcher mit dem Rechte des Volks drohen wollte.

Es fragt sich nun aber, welcher Ersatz für die Reichsgerichte hinsichtlich des Einzelnen zu geben sei? — Damit auch der Einzelne, als Theil des Volks, Theil an des Volks Rechten habe, damit also auch namentlich in ihm das Volk nicht verletzt werde, möchte es wohl wünschenswerth sein, dass jedem Einzelnen das Recht zustehe, sowohl wegen, vermeintlicherweise das

allgemeine Wohl betreffender, von ihm erlittener Verletzungen sich an die Repräsentanten des Volks zu wenden, (natürlich, wo keine andre competente Behörde vorhanden ist), als auch »frei die Gedanken, sei es durch die gesprochene, sei es durch die gedruckte Rede, mittheilen zu dürfen,¹⁾« (§. 10.) um sich auf diese Art überzeugen zu können, ob seine Meinung und sein Begehren auch wirklich das allgemeine Interesse betreffe. — Alsdann würde jeder auch nur im Mindesten gerechter Grund zu revolutionairen Umtrieben hinwegfallen, und ein Jeder, der sich derselben schuldig machte, ohne Schonung mit den härtesten Strafen zu bedrohen und zu belegen sein. Zugleich würde aber auch das öffentliche Leben gewiss eine hohe Blüthe erhalten.

§. 20.

Wie äußerst vorthailhaft für die Lage des Fürsten die Bestimmung der Verantwortlichkeit der Minister und die Annahme einer Constitution sein würde, darüber hier noch ein Wort zu reden, würde überflüssig sein. Hielte der Regent die Constitution, so würde sein Thron ganz unerschütterlich sein.

¹⁾ a. a. O. Seite 56.

§. 21.

Hinsichtlich der Constitution wirft sich noch die Frage auf, ob das Volk einseitig berechtigt sei, dieselbe zu verändern? Hr. G. R. v. Strombeck glaubt diese Frage verneinen zu müssen, wenn nicht die oberste Staatsgewalt dem Zwecke des Staatsverbandes entgegenhandle ¹⁾. Wir würden vollkommen beistimmen müssen, wenn wir, wie Hr. G. R. v. Strombeck, nicht die Staatsbürger, als zusammenwirkend d. h. als Volk, von denselben als einzeln wirkend, unterscheiden wollten; welches aber oben immer geschehen ist. Das Ankämpfen der Einzelnen gegen die bestehende Staatsverfassung würde nur durch Äußerung der Meinungen geschehen können, und dadurch möchte der Staat schwerlich dahin gebracht werden, dass er ein »jeden Augenblick dem Umsturze ausgesetztes Gebäude« darstellen würde.

Denken wir uns das Volk als moralische Person, so müssen wir ihm auch mit demselben Rechte die Möglichkeit der Änderung seiner Verfassung, als der Kündigung des Regen-

¹⁾ a. a. O. Seite 51. ff.

ten zugestehen. Aber auch diese Annahme ist eben so wenig gefährlich, als die oben aufgestellte Behauptung vom Vertrage zwischen Fürst und Volk. Ein Volk wird die bestehende Verfassung, obgleich sie nach der allgemeinen Politik viele Mängel hat, wie z. B. die absolute Monarchie, weder gänzlich noch auch einzelne Bestimmungen derselben ändern, wenn es sich unter derselben glücklich fühlt. Auf bloße Theorien hin wird es sich keine andre Verfassung geben. ¹⁾

Auch hier finden, wenn wir die Frage verneinen wollen, wie dieses auch für den Vertrag mit dem Fürsten der Fall ist, die größten Widersprüche statt. Wollen wir nämlich mit Hrn. G. R. v. Strombeck behaupten, dass die Staatsbürger nur alsdann berechtigt seien, eine Verbesserung der Verfassung zu verlangen, wenn der Regent dem Zwecke des Staats entgegen handle, wenn also namentlich der constitutionelle Monarch die Grundsätze der Constitution verletze, so müssen wir zu der sonderbaren

¹⁾ »Die Dictatur blieb so lange unschädlich, und unter ihr wurde in der Folge die Republik gestürzt. So sind Formen an sich weder gut noch böse, durch die Menschen werden sie es; sie unterscheiden sich nur darin, dass diese oder jene der Verderbniss länger oder nur wenig widersteht« Joh. v. Müller's Geschichten Bd. I. S. 208.

Folgerung kommen, dass das Volk, wenn es nicht offenbar seinen Zweck, sein Wohl, ganz aufgeben wolle, unter gewissen Umständen nichts sehnlicher wünschen müsse, als dass der Regent einmal der Verfassung entgegenhandle. Bei der Gelegenheit ließe sich dann doch eine durch Zeit und Umstände unnütz gewordene Verfassung auf eine rechtliche Art entfernen oder verbessern. Es wäre das größte Unglück für das Volk, wenn es einen Regenten hätte, welcher des Volks Glück wünscht, indem er die bestehende Verfassung achtet. Wollte es nicht ungerecht handeln, es müsste schon mit den ererbten Gewohnheiten, mit den Gesetzen einer verweherten Bildung zufrieden sein, sobald der Regent sich weigerte, eine zeitgemäfsere Verfassung zu geben. Der sich weigernde Regent würde gerecht erscheinen; denn er schützt das bestehende Recht; seine Handlungen würden hingegen in den Fällen, wo die Verfassung einer Verbesserung bedürfte, denen eines Tyrannen ähnlich sein; denn er ist ja uneingedenk des Umstandes, dass ein neues Volk neue Gesetze verlange. Wo bleibt sein Charakter, als Repräsentant des Nationalwillens? Das Mittel kehrt sich gegen den Zweck. — Kann daher das Volk

nicht einseitig auf die Verbesserung der Verfassung dringen, so ist sein Loos in der That zu bedauern. Es hat nur zu wählen zwischen einer unrechtlichen Handlung und der Erduldung einer nicht beglückenden Verfassung; es muss sich am Ende, wenn der Regent fortwährend redlich die Verfassung beobachtet und eine Änderung derselben verweigert, der-unrechtlichen Handlung schuldig machen. Ein Volk wird ein Verbrechen begehen!

Blieben die Umstände eines Volks immer dieselben, änderten sich dessen Bedürfnisse nicht mit den Zeiten und Generationen, kurz wäre das Wohl desselben etwas absolut Bestimmtes, so würde dem Volke durchaus das ihm beilegte Recht abzustreiten sein. Denn die factische Möglichkeit der Erfüllung des Vertrags mit dem Fürsten und über die Verfassung würde von ganz andrer Natur sein und mithin die jenes Recht des Volks erzeugende stillschweigende Bedingung fehlen. Da aber jenes nicht der Fall, und der Regent lediglich zu des Volks Besten vorhanden ist (welche Ansicht bei uns bereits allgemein verbreitet ist, und vernünftigerweise als richtig anerkannt werden muss) so

scheinen auch die angeführten Rechte des Volks nicht geläugnet werden zu können. Schon sehr richtig äußert sich der Rechtsgelehrte *Sextus Caecilius* gegen den Philosophen *Phavorinus*¹⁾: »*Non ignoras, legum opportunitates et medelas pro temporum moribus, — ac pro utilitatum praesentium rationibus, — mutari atque flecti, neque uno statu consistere, quin, ut facies coeli et maris, ita rerum atque fortunae tempestatibus varientur.*«

Die bisher kurz aufgestellten Behauptungen liefern also folgendes Ergebniss:

- 1) Das Volk hat stets das Recht, dem Regenten den Gehorsam aufzusagen, so wie auch, die Verfassung seines Staats zu ändern.
- 2) Diese Lehre ist nicht im Geringsten staatsgefährlich; denn der Einzelne als solcher hat keinen Antheil an jenem Rechte. Das Volk als Ganzes wird aber nur aus practischer Nothwendigkeit von dem Rechte Gebrauch machen.

Ob die Fürsten, ob die Verfassungen durch

¹⁾ A. Gell. noctes Attic. XX, 1, 22.

diese Zeilen, welche lediglich dem Streben nach der Wahrheit ihr Dasein verdanken, der Sicherheit beraubt werden können, ob nicht vielmehr diese Sicherheit verstärkt wird, indem dem einzelnen Staatsbürger seine Rechte und seine Pflichten vorgeführt werden, welches gewiss in den jetzigen Zeiten der Unruhe nicht ohne Wichtigkeit ist, — das zu entscheiden, überlasse ich den geehrten Lesern.

